

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2017

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
Erwartungen der COFACE – Families Europe an das Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission	1
COFACE – Families Europe unterzeichnet Aufruf „The Europe we want“	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Europäisches Parlament diskutiert zur Gleichstellung der Geschlechter	1
EU bekräftigt: „Kein Kind zurücklassen“	2
Sozialpartner verabschieden Rahmenabkommen zu Aktivem Altern	2
EU-Schnellwarnsystem warnte 2016 vor allem vor Spielzeug, Autos und Kleidung	2
Soziale Inklusion und gemeinsame Werte – Kommission stellt Fahrplan zur Diskussion	2
EWSA fordert integrierten Fonds zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	3
EPSCO-Rat nimmt Gemeinsamen Beschäftigungsbericht an	3
Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Österreich befasst sich mit „Kindergeld-Export“	4
Unbegleitete Jugendliche in Ungarn: Europarat sieht Kinderschutz gefährdet.....	4
Finnland führt Ehe für alle ein.....	4
Weitere Nachrichten	5
Europarat bereitet Aktionsplan für geflüchtete Kinder vor.....	5
Soziale Dienste in Europa fordern Sozialen Dialog.....	5
EU-Grundrechteagentur will enger mit Zivilgesellschaft kooperieren	5
5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung – Call for papers	5
Berichte und Studien	6
OECD veröffentlicht Daten zur Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit bei Eltern	6
Neue Veröffentlichungen des <i>familiesandsocieties</i> -Netzwerks	6
Oxfam-Bericht: Wohlstand auf dem Rücken der Frauen	6
Parlamentsdossier zu Übergewicht bei Kindern	6
Great Start in Life – Konferenzbericht veröffentlicht	7
Soziale Investitionen – Social Platform präsentiert Praxisbeispiele.....	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Erwartungen der COFACE – Families Europe an das Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission

Gemeinsam mit sieben europäischen Verbänden aus dem Bereich Familien- und Sozialpolitik formuliert COFACE – Families Europe in einem Positionspapier ihre Erwartungen an das in den kommenden Wochen zu erwartende Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission. Dieses müsse einen ehrgeizigen Vorschlag zu verschiedenen familienbedingten Auszeitmodellen enthalten (*maternity, paternity, parental and carers' leave*), zu erschwinglichen und niedrigschwelligen Pflege- und Betreuungsangeboten für Kinder und Pflegebedürftige sowie zu Beschäftigungsmodellen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Daneben hat COFACE – Families Europe in einem eigenen Positionspapier ausführlicher dargestellt, welche Anforderungen sie an eine europäische Vereinbarkeitspolitik stellt. Diese basieren auf drei Grundlagen: Erstens auf Vereinbarkeitsmaßnahmen, die für Familien ein Sicherheitsnetz bilden; zweitens auf der Einbeziehung von Männern und Vätern, denn Vereinbarkeit sei nicht nur als Frauenthema zu verstehen; drittens auf einer Lebensverlaufsperspektive, die alle Generationen miteinbezieht. Auf diesen Grundlagen wird im Papier ein Policy-Mix aus wiederum drei Elementen entwickelt: Geld, Dienstleistungen und Zeit.

- [Zum gemeinsamen Positionspapier „Europe's last chance“](#)  
- [Zum COFACE-Positionspapier „Families on the edge“](#)  

COFACE – Families Europe unterzeichnet Aufruf „The Europe we want“

233 europäische Organisationen haben den Aufruf „The Europe we want!“ an die europäischen Entscheidungsträger gerichtet. Darin fordern sie anlässlich des 60jährigen Bestehens der Europäischen Union ein gerechteres, nachhaltigeres, demokratischeres und inklusiveres Europa. Die Kernwerte der EU seien auch heute noch nicht ausreichend umgesetzt oder wieder gefährdet: Demokratie und Partizipation, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit, Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Gerade in unsicheren Zeiten müsse sich die EU stärker auf diese Werte fokussieren und nicht weniger. Dies bedeute, sich von dem bisherigen Wirtschaftsmodell, das Ungleichheiten befördert, hin zu einer inklusiven sozialen Marktwirtschaft zu bewegen, die allen nutzt. Zu den acht Kernforderungen gehören unter anderem die Umsetzung der Pariser Klimaziele und der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN 2030-Agenda sowie eine Europäische Säule Sozialer Rechte, die die oben genannten Werte integriert und zu einem sozialeren Europa beiträgt.

- [Zur Erklärung](#)  

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäisches Parlament diskutiert zur Gleichstellung der Geschlechter

Während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments fand am 13. März eine Aussprache zum Thema „Gleichstellung von Männern und Frauen“ statt. In diesem Rahmen wurden verschiedene Berichte diskutiert, die sich u.a. mit dem unterschiedlichen Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie mit der Verwendung von EU-Mitteln für Gleichstellungsthemen beschäftigen. Dabei wurde kritisiert, dass der

Gleichstellungsprozess auf EU-Ebene stagniere. Bei der Bekämpfung des Lohngefälles habe es keine und bei der politischen Beteiligung von Frauen nur wenige Fortschritte gegeben. Dies gelte auch für den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Insbesondere im Rat komme gleichstellungspolitisch kaum etwas voran, wie zum Beispiel die Frauenquoten-Richtlinie. Man warte nun gespannt auf das von der Kommission angekündigte Maßnahmenpaket zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

EU bekräftigt: „Kein Kind zurücklassen“

Der Rat der Europäischen Union hat am 6. März 2017 unter dem Titel „Kein Kind zurücklassen“ überarbeitete Leitlinien für die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes verabschiedet. Die Leitlinien nehmen internationale Standards in Bezug auf die Rechte des Kindes auf und enthalten umfangreiche Vorgaben sowie konkrete Wege zur wirksamen Förderung und zum Schutz der Rechte des Kindes.

➤ [Zu den Leitlinien](#) 

Sozialpartner verabschieden Rahmenabkommen zu Aktivem Altern

Die Europäischen Sozialpartner haben ein Rahmenabkommen zu aktivem Altern mit einem intergenerationellen Ansatz beschlossen, das sie beim Sozialgipfel am 8. März an die Präsidenten von Kommission und Europäischem Rat überreichten. Das Abkommen ist eine Reaktion auf die demografische und Arbeitsmarktrealität. Es soll gesunde, sichere und produktive Arbeitsumgebungen und eine berufliche Betätigung bis zum Renteneintritt ermöglichen. Außerdem soll es den Wissenstransfer zwischen den Generationen am Arbeitsplatz erleichtern.

EU-Schnellwarnsystem warnte 2016 vor allem vor Spielzeug, Autos und Kleidung

Spielzeug, Kleidung und Autos – das sind die Produktgruppen vor denen das EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte im Jahr 2016 am meisten gewarnt hat. Entsprechende Zahlen hat die EU-Kommission in ihrem Jahresbericht zum EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte veröffentlicht. Ein immer höherer Anteil der im Schnellwarnsystem gemeldeten gefährlichen Produkte werde über das Internet vertrieben. Der Großteil der gemeldeten Produkte stammte weiterhin aus China, die Zahl der von dort eingeführten gefährlichen Produkte sei allerdings zurückgegangen. Bei den gemeldeten Risiken lagen 2016 die Verletzungsrisiken an erster Stelle (25 Prozent), gefolgt von chemischen Risiken (23 Prozent). Über das Schnellwarnsystem können seit 2003 Informationen über gefährliche Non-food-Erzeugnisse, die in Europa vom Markt genommen werden, schnell zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission ausgetauscht werden. Dies ermöglicht, dass EU-weit geeignete Folgemaßnahmen ergriffen werden können.

Soziale Inklusion und gemeinsame Werte – Kommission stellt Fahrplan zur Diskussion

Die Förderung der sozialen Inklusion und gemeinsamer Werte in der EU durch formale und nicht-formale Bildung ist Thema eines Fahrplans, den die Kommission am 15. März zur Diskussion gestellt hat. Darin informiert die Kommission über die Initiativen, die sie in diesem Bereich geplant hat. Interessierte Akteure haben einen Monat Zeit, der Kommission ihre Anmerkungen zum Fahrplan zukommen zu lassen.

➤ [Zum Fahrplan](#) 

EWSA fordert integrierten Fonds zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu erhöhen, die derzeit über den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) gefördert werden, hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in einer Initiativstellungnahme vorgeschlagen, diese Fonds zukünftig durch einen integrierten Fonds zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu ersetzen. Bei der Umsetzung eines solchen Fonds sollten die Erfahrungen und das Potenzial der Organisationen der Zivilgesellschaft stärker als bisher genutzt werden. Diesen Organisationen sollten erhebliche Kompetenzen im Bereich der Planung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Programme übertragen werden.

➤ [Zur Stellungnahme](#)

EPSCO-Rat nimmt Gemeinsamen Beschäftigungsbericht an

Auf seiner Sitzung am 14. März hat der Europäische Rat der Minister für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht der EU angenommen. Darin findet sich auch ein „Scoreboard“ mit den zentralen Indikatoren zu Beschäftigung und sozialen Themen. Die sechs Indikatoren, zu denen u.a. die Arbeitslosen- und die Armutsgefährdungsquote gehören, werden mit sieben Ausprägungen von Beste Leistung bis zu Kritische Situation in Beziehung gesetzt. Die so entstehende Tabelle erlaubt so einen Überblick über den Fortschritt der EU2020-Strategie in den einzelnen Mitgliedstaaten.

➤ [Zum Scoreboard](#) 

Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt

Die Kommission hat Anfang März anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Römischen Verträge ein Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt, dessen Untertitel lautet: „Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27“. Das Weißbuch setzt sich mit den größten Herausforderungen und Chancen für Europa in den nächsten zehn Jahren auseinander. In fünf Szenarien wird skizziert, wo die Union 2025 stehen könnte – je nachdem, welchen Kurs sie einschlägt:

- Szenario 1 – Weiter so wie bisher: Die EU27 konzentriert sich auf die Umsetzung ihrer positiven Reformagenda entsprechend den Politischen Leitlinien der Kommission „Ein neuer Start für Europa“ von 2014 und der Erklärung von Bratislava.
- Szenario 2 – Schwerpunkt Binnenmarkt: Die EU27 konzentriert sich wieder auf den Binnenmarkt, da die 27 Mitgliedstaaten in immer mehr Politikbereichen nicht in der Lage sind, eine gemeinsamen Haltung zu finden.
- Szenario 3 – Wer mehr will, tut mehr: Die EU27 Union verfährt weiter wie bisher, gestattet jedoch interessierten Mitgliedstaaten, sich zusammzutun, um in bestimmten Politikbereichen wie Verteidigung, innerer Sicherheit oder Sozialem gemeinsam voranzuschreiten. Es entstehen eine oder mehrere „Koalitionen der Willigen“.
- Szenario 4 – Weniger, aber effizienter: Die EU27 konzentriert sich darauf, in ausgewählten Bereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen, und überlässt andere Tätigkeitsbereiche den Mitgliedstaaten. Aufmerksamkeit und begrenzte Ressourcen werden auf ausgewählte Bereiche gerichtet.

- Szenario 5 – Viel mehr gemeinsames Handeln: Die Mitgliedstaaten beschließen, mehr Kompetenzen und Ressourcen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Auf EU-Ebene werden rascher Entscheidungen getroffen, die zügig umgesetzt werden.

Das Weißbuch soll am Anfang eines Prozesses stehen, in dessen Rahmen die EU27 die Weichen für die Zukunft der Union stellt. Um diesen Prozess zu unterstützen, wird die Europäische Kommission zusammen mit dem Europäischen Parlament und interessierten Mitgliedstaaten eine Reihe von Diskussionsrunden zur Zukunft Europas in europäischen Städten und Regionen veranstalten.

Verschiedene europäische zivilgesellschaftliche Akteure haben in ihren ersten Reaktionen auf das Weißbuch begrüßt, dass die Kommission die Diskussion zur zukünftigen Gestaltung der EU eröffnet hat. Sie kritisieren allerdings, dass drei der Szenarien keine Fortschritte, sondern eher Rückschritte für die sozialen Rechte der EU-Bürger und Bürgerinnen bedeuten würden. Dies sei insbesondere bedenklich, da die Kommission in ihrem Weißbuch keinem der Szenarien den Vorzug gebe und sie als gleichwertige und gleich wahrscheinliche Wege präsentiere. In keinem der Szenarien sei eine Priorität dafür erkennbar, Armut und soziale Ausgrenzung in der EU zu bekämpfen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Österreich befasst sich mit „Kindergeld-Export“

Das österreichische Bundesministerium für Familien und Jugend hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das sich mit einer Indexierung der österreichischen Familienbeihilfe für im EU-Ausland lebende Kinder befasst. Die Familienbeihilfe ist ein finanzieller Transfer an Familien zum Ausgleich der Unterhaltskosten eines Kindes, ähnlich dem deutschen Kindergeld. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass es zu einer Überförderung bzw. einer Überentlastung kommen kann, wenn die Familienbeihilfe nicht an die Lebenshaltungskosten des Landes angepasst wird, in dem das Kind des in Österreich erwerbstätigen Elternteils lebt. Es spricht sich deshalb dafür aus, eine Indexierung mit Bezug zur Kaufkraft vorzunehmen.

➤ [Zum Gutachten](#)

Unbegleitete Jugendliche in Ungarn: Europarat sieht Kinderschutz gefährdet

Der Europarat hat Ungarn aufgefordert, ein verabschiedetes Gesetz zu überprüfen, durch das geflüchtete Kinder und Jugendliche einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Gewalt und Ausbeutung zu werden. Dadurch werde auch die Lanzarote-Konvention verletzt, die Ungarn unterzeichnet habe. Das betreffende Gesetz behandle unbegleitete Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren wie Erwachsene, sodass diese nicht von Kinderschutzregelungen profitierten (z.B. die Bereitstellung eines Vormunds). Sie würden auch nicht in speziellen Einrichtungen untergebracht und seien in den Transitzone der Gefahr von Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt.

Finnland führt Ehe für alle ein

In Finnland können gleichgeschlechtliche Paare seit Anfang März eine Ehe eingehen. Auf der Grundlage einer Bürgerinitiative hatte das Parlament 2014 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, dessen Inkrafttreten sich allerdings lange verzögerte. Nun können auch gleichgeschlechtliche Paare, wenn sie heiraten, Kinder adoptieren und denselben Nachnamen tragen.

Weitere Nachrichten

Europarat bereitet Aktionsplan für geflüchtete Kinder vor

Der Europarat will im Mai 2017 einen Aktionsplan zum Schutz von Migranten- und Flüchtlingskindern verabschieden. Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs des Europarates für Migration und Flüchtlinge hat in Vorbereitung dieses Aktionsplans am 10. März einen Bericht über den Themenbereich veröffentlicht. Darin wird gefordert, unbegleitete Kinder wirksamer zu schützen und das Verschwinden von Kindern zu verhindern. Es wird kritisiert, dass es an geeigneten Maßnahmen zur Altersbestimmung und an einem wirksamen Vormundsystem für Kinder sowie am Zugang zu Information und Bildung mangelt. Gefordert wird, dass Flüchtlings- und Migrantenkinder gezielt sprachlich unterstützt werden, um ihre Integration zu ermöglichen. Die Aufnahmestaaten müssten dringend Alternativen zur Inhaftierung von Kindern finden und im Hinblick auf die Lebensbedingungen in den Aufnahmelagern sollen Mindeststandards erfüllt werden, wie etwa nach Geschlechtern getrennte Sanitäreinrichtungen, bessere Beleuchtung und kindgerechte Bereiche, um das Risiko sexuellen Missbrauchs zu beseitigen.

➤ [Zum Bericht](#) 

Soziale Dienste in Europa fordern Sozialen Dialog

Am 21. März haben soziale Dienstleistungsanbieter aus sechs europäischen Ländern dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Gemeinsame Erklärung vorgelegt. Ihrer Ansicht nach soll auch im sozialen Dienstleistungsbereich ein europäischer sozialer Dialog eingeführt werden, um den Sektor zu stärken. Sie sind überzeugt, dass die sozialen Dienste durch eine strukturierte Zusammenarbeit der entsprechenden Sozialpartner – wie es sie bereits für zahlreiche andere Branchen gibt – noch stärker zum sozialen Zusammenhalt, zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen werden.

➤ [Zur Erklärung](#) 

EU-Grundrechteagentur will enger mit Zivilgesellschaft kooperieren

Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) möchte ihre Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, die Grundrechte-Plattform (Fundamental Rights Platform), erneuern und ruft daher interessierte Organisationen auf, sich in der Datenbank der Plattform zu registrieren. Auf der Plattform soll ein strukturierter Dialog mit der Zivilgesellschaft zu Grundrechtsthemen stattfinden. Registrieren können sich z.B. Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Grundrechtsfragen befassen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Sozialverbände, Kirchen und andere religiöse Organisationen sowie Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler.

➤ [Informationen zur Registrierung](#) 

5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung – Call for papers

Vom 9. bis 11. November 2017 findet in Wien der 5. Europäische Fachkongress für Familienforschung statt. Bis Ende April können sich Wissenschaftler/innen ein, die im Bereich der Familienwissenschaften (z. B. Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Ökonomie, Pädagogik) forschen, mit Beiträgen bewerben. Abstracts und Vorträge können auf englisch oder deutsch gestaltet werden. Die Themen der acht *sessions* lauten: Familien in Zeiten der Reproduktionsmedizin, Fragmentierte Elternschaft, Transnationale Familien,



Familie und Bildung, Methodologische Aspekte in der Migrationsforschung, Eltern- und Familienbildung in Zeiten der Migration, Multilokalität und Generationen sowie Familie und Fertilität.

- [Zum Call](#)

Berichte und Studien

OECD veröffentlicht Daten zur Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit bei Eltern

Zwei aktuelle Veröffentlichungen der OECD widmen sich der Frage, wie Erwerbs- und Familienarbeit innerhalb von Familien zwischen Mann und Frau aufgeteilt werden. Die darin enthaltenen Daten zeigen, dass in allen OECD-Ländern Frauen durchschnittlich mehr Zeit mit Familienarbeit verbringen als Männer. Allerdings reicht die Bandbreite von einem 30 Minuten-Plus in Norwegen bis hin zu drei Stunden in Korea. Die Verteilung der unbezahlten Arbeit hängt auch – aber nicht unbedingt – mit der Verteilung der bezahlten Arbeit zusammen. Im OECD-Vergleich stellt sich heraus, dass die gelebten Modelle von Land zu Land stark voneinander abweichen.

- [OECD: How do partners in couple families share paid work?](#) 
- [OECD: Female breadwinners sweep the crumbs, too](#) 

Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Auf dem Internetportal des *familiesandsocieties*-Forschungsverbundes finden sich neue Veröffentlichungen. Dazu zählt ein Artikel, der sich mit dem Zusammenhang von Geschwisterbeziehungen und der Versorgung von alternden Eltern befasst. Neu eingestellt wurde auch das Working Paper Nr. 73, das anhand von Daten aus Großbritannien beleuchtet, wie sich die Familienform, in der Kinder aufwachsen, auf deren gesundheitliche Entwicklung und auf deren Wohlbefinden auswirken.

- [Zu den Veröffentlichungen bei familiesandsocieties.eu](#) 

Oxfam-Bericht: Wohlstand auf dem Rücken der Frauen

Wirtschaftlicher Erfolg fuße immer noch auf der Benachteiligung der Frauen, mahnt Oxfam anlässlich des Internationalen Frauentags im Bericht „An economy that works for women“. Frauen trügen weltweit massiv zum Wohlstand bei, ohne selbst in angemessenem Umfang davon zu profitieren. Oxfam fordert deshalb menschenwürdige Arbeit für Männer und Frauen gleichermaßen, einschließlich angemessener Löhne sowie sicherer Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Auch in Gesundheits- und Betreuungssysteme müsse mehr investiert werden, um Frauen von unbezahlter Sorgearbeit zu entlasten. Zudem, so Oxfam, sollten Fraueninitiativen in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weltweit mehr gefördert werden.

- [Zum Bericht](#) 

Parlamentsdossier zu Übergewicht bei Kindern

Der Think Tank des Europäischen Parlaments hat ein Dossier zusammengestellt, das die Datenlage sowie die Aktivitäten der EU zum Thema Übergewicht bei Kindern zusammenfasst. Es enthält darüber hinaus Informationen zum internationalen Kontext sowie zu den Ansichten wichtiger Stakeholder.

- [Zum Dossier](#) 

Great Start in Life – Konferenzbericht veröffentlicht

Ende November 2016 kamen auf Einladung der EU-Kommission Forscher, politische Entscheidungsträger und Fachkräfte für frühkindliche Pflege und Betreuung in Brüssel zusammen, um über die Voraussetzungen für eine bestmögliche Erziehung in den ersten Lebensjahren zu diskutieren. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Beseitigung von Ungleichheiten und der Einbeziehung benachteiligter Gruppen. Der Bericht über die Konferenz ist nun erschienen.

➤ [Zum Bericht](#)  

Soziale Investitionen – Social Platform präsentiert Praxisbeispiele

„In Dienste für das Wohlergehen der Menschen investieren: von guten Praktiken zu besserer Politik“ lautet der Titel einer Sammlung von Praxisbeispielen, die der europäische NGO-Verband Social Platform zusammengestellt hat. Sie verdeutlichen, dass Investitionen in Menschen sich langfristig auszahlen. Sie tragen zu einer unabhängigen Lebensführung bei und reduzieren soziale Risiken. Die 14 Fallbeispiele aus 12 EU-Mitgliedstaaten lassen sich in fünf Kategorien einteilen: 1) Investitionen in integrierte soziale und Gesundheitsdienstleistungen, 2) Investitionen in die Inklusion von Migrant/innen und Flüchtlinge, 3) Investitionen in *employability* durch die Sozialwirtschaft und soziale Unternehmen, 4) Investitionen in Kinder und junge Menschen und 5) Investitionen in die Gemeinschaft, Wohnen und Wohnprojekte zur Förderung der sozialen Inklusion.

➤ [Zur Veröffentlichung](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
5.-6. April 2017 Cartago, Costa Rica	G-NET Summit 2017	Gender Equality Training Network
11. April 2017 Brüssel, Belgien	Primary Health Care for Children in Europe. Similarities and Differences between Countries - what do they Mean? Interim findings of the Models Of Child Health Appraised (MOCHA) Horizon 2020 Project	Quality of Childhood- Gruppe im Europäischen Parlament
24. April 2017 Brüssel, Belgien	Annual Convention for Inclusive Growth 2017	Europäische Kommission
4. Mai 2017 Brüssel, Belgien	Our Life. Our Voice. Young people and poverty – Abschlusskonferenz	YES Forum
11.-12. Mai 2017 Prag, Tschechien	Families on the Move - Family policy & practice at the Centre of Europe	COFACE – Families Europe
21. Juni 2017 Berlin, Deutschland	Measuring Children's Rights: Why We Need Indicators	The National Coalition Germany

04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	World Congress on Family Law and Children's Rights	World Congress on Family Law and Children's Rights
08.-09. Juni 2017 Galway, Irland	Rediscovering Empathy; Values, Relationships and Practice in a Changing World – 2017 UNESCO Child and Family Research Centre 8th Biennial International Conference	UNESCO Child and Family Research Centre
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	Family Law and Family Realities – ISFL World Conference	International Society for Family Law (ISFL)
29. Juli - 4. Aug. 2017 Caux, Schweiz	CATS (Children as actors for transforming society) Forum 2017	CATS Europe
5.-7. Okt. 2017 Antwerpen, Belgien	15th Meeting of the European Network for the Sociological and Demographic Study of Divorce	Research Centre for Longitudinal and Life Course Studies, Universität Antwerpen
09.-11. Nov. 2017 Wien, Österreich	5th European Congress on Family Science	BiB, ifb, ÖIF
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

